



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Ausgabe 10/2017

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

auch heute können wir für Euch wieder einen ganz „frischen“ und mit Informationen vollgepackten Newsletter anbieten. Gerne hätten wir Euch positive Nachrichten zum Thema ThyssenKrupp mitgeteilt, aber der Konzernvorstand hat ohne Beteiligung der Beschäftigten beschlossen, seine Stahlsparte im kommenden Jahr mit der von Tata Steel zusammen zu legen. Und mit Blick auf die Landesregierung kann man nur sagen „außer Gesprächen nichts gewesen“. Vielmehr verfestigt sich der Eindruck, dass Ministerpräsident Laschet und die FDP die Pläne der Konzernleitung befürworten, die zwangsläufig Arbeitsplatzabbau und die Aushöhlung der Montanmitbestimmung nach sich ziehen.

Die Beratungen zum Nachtragshaushalt verlaufen aktuell ebenfalls ganz anders, als dies noch im Wahlkampf versprochen worden war. Statt wie versprochen weniger Schulden zu machen, gibt die Landesregierung gleich 1,5 Mrd. Euro mehr aus und dies trotz reichlich Steuereinnahmen. Dabei ist sich „schwarz-gelb“ nicht zu schade Programme für Langzeitarbeitslose zu kürzen und unsere Städte und Kommunen zusätzlich zu belasten. Einen Rekordmarke der besonderen Art haben sie außerdem noch gerissen, mit der Schaffung 139 hoch dotierter Regierungsstellen legen sie den teuersten Regierungswechsel aller Zeiten hin - Kostenpunkt 7 Millionen Euro.

Wer interessantes über unsere Einsätze in Bochum im letzten Monat wissen möchte, der sollte sich den Artikel über die Jungfernfahrt der Linie 302 bis Langendreer durchlesen oder einen Blick auf den Bericht über den ersten Bochumer Waldkindergarten mit dem schönen Namen „Matschzwerg“ werfen. Last but not least gibt es eine neue und besonders interessante Aufgabe für Serdar, die er aufgrund seines besonderen Engagements in der Flüchtlingspolitik seit September wahrnehmen darf – er wurde in den Aufsichtsrat der UNO Flüchtlingshilfe Bonn gewählt.

Viel Spaß beim Lesen!

Serdar Yüksel MdL

Carina Gödecke MdL

Karsten Rudolph MdL

Arbeitnehmer dürfen bei der Fusion von ThyssenKrupp und Tata nicht übergangen werden!

Ein Thema bestimmt seit Wochen die politische und parlamentarische Debatte in Bochum, in Duisburg, an anderen Standorten von ThyssenKrupp und letztlich in ganz Nordrhein-Westfalen: die geplante Fusion von ThyssenKrupp mit dem indischen Stahlunternehmen Tata. Ohne die Arbeitnehmervertreter auch nur im Geringsten einzubeziehen haben die Konzernspitzen vor



Wochen ein „Memorandum of understanding“, also eine weitgehende Absichtserklärung ausgehandelt und veröffentlicht. Große Sorge bereiten die Pläne, die Konzernzentrale in die Niederlande zu verlagern. Dies würde die Montanmitbestimmung empfindlich aushebeln. Zudem ist auch zu befürchten, dass es keine Garantie für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Stahlstandorte geben wird. Mehrere Gründe, warum derzeit massiv gegen die geplante Fusion demonstriert wird und alternative Lösungen gefordert werden.

Selbstverständlich begleiten die Bochumer Landtagsabgeordneten Carina Gödecke, Dr. Karsten Rudolph und Serdar Yüksel gemeinsam mit vielen weiteren SPD-Abgeordneten die Entwicklung genau. Die Teilnahme am großen Stahlaktionstag in Bochum im September war daher eine politische Selbstverständlichkeit. „Unsere Forderungen sind recht schlicht: Beteiligung der Mitarbeiter an allen weiteren Gesprächen, Standort und Arbeitsplatzgarantie, keine Verlagerung der Konzernzentrale ins Ausland, keine Aushöhlung der Montanmitbestimmung.“ unterstreichen die Bochumer Abgeordneten.



Das Thema stand auch auf der Tagesordnung der Plenarsitzung am Mittwoch. Den kompletten Antrag, den die SPD-Fraktion eingereicht hat, kann man hier nachlesen. Es ist völlig unverständlich, wie in namentlicher Abstimmung CDU und FDP „ihrem“ Arbeitsminister Karl-Josef Laumann in den Rücken fallen konnte. Damit ist aber auch für die Stahlarbeiter und ihre Familien klar, dass man sich auf das Wort eines Arbeitsministers nicht mehr verlassen kann.

Im Unterschied dazu hat der Bochumer Parteitag der SPD am Montag eine eindeutige Resolution für die Stahlstandorte, für die Arbeitsplätze, für die Montanmitbestimmung verabschiedet.

Jungfernfahrt der Linie 302



So viele Menschen hatte der Marktplatz in Langendreer schon lange nicht mehr erlebt. Hunderte waren gekommen, um die offizielle Jungfernfahrt der Linie 302 von Laer-Mitte zum Markt in Langendreer mitzuerleben. Wobei sich das Erleben auf die Ankunft der Variobahn beschränken musste. Denn am Steuer der Bahn saß die Bezirksbürgermeisterin Andrea Busche, die keine Fahrgäste, sondern nur die „Offiziellen“ - und diese auf eigene Gefahr - transportieren durfte.

Am 7. Oktober 2017 wurde das 2,6 Kilometer lange Teilstück der neuen Strecke eingeweiht. Und zur

Feier des Tages wurde sogar die Variobahn auf den Namen Langendreer getauft.

Die Verlängerung der Linie 302/310 war ja in der Vergangenheit nicht unumstritten. Nach zum Teil sehr kontroversen, ablehnenden, bis sogar hasserfüllten Reaktionen auf die Entscheidung zur Fortführung der Straßenbahnlinie, war die große positive Resonanz der Langendreer einfach nur erfreulich. Dadurch wurde auch bestätigt, dass die neue Linienführung mit infrastrukturellen Verbesserungen verbunden ist und eine innovative Maßnahme der E-Mobilität darstellt.



Serdar Yüksel ist neues Mitglied im Aufsichtsrat der UNO Flüchtlingshilfe

Am Montag, dem 11. September, fand für Serdar Yüksel die erste Aufsichtsratssitzung als ordentliches Mitglied bei der UNO Flüchtlingshilfe in Bonn statt.

Die Mitglieder wählten den Abgeordneten bereits im Mai bei einer Mitgliederversammlung aufgrund seines außerordentlichen Engagements in der Flüchtlingspolitik - vor allem in seiner Heimatstadt Bochum - in den Aufsichtsrat. Darüber hinaus initiierte Yüksel in

Kooperation mit der Caritas Flüchtlingshilfe in Essen ein Projekt im Nordirak, um während der Flüchtlingskrise erste humanitäre Hilfen vor Ort zu ermöglichen. Das kurzfristig angedachte Projekt ist zu einem langfristigen Zuhause für knapp 1000 geflüchteter Menschen im Nordirak geworden.

Die neu geschaffene Infrastruktur vor Ort ermöglicht Kindern und Jugendlichen zur Schule zu gehen, Handwerkern eine Ausbildungsstätte aufzubauen, Frauen ihre Kleiderproduktion zu vertreiben und vieles mehr. Das Projekt gilt als vorbildliches Beispiel für die Bekämpfung von Fluchtursachen im Nordirak.

„Es ist mir eine außerordentliche Freude, Mitglied im Aufsichtsrat dieser wichtigen Organisation der Vereinten Nationen zu sein. Die Expertise und Strukturen sind auch für unsere Projekte ein Gewinn. Es ist in der Tat eine win-win Situation“, so Yüksel nach seiner ersten Aufsichtsratssitzung bei der UNO Flüchtlingshilfe.



Copyright: UNHCR/S. Malkawi

Die „Matschzwerge“ sind seit August am Start

Seit August hat Bochum eine Kita der besonderen Art im Angebot, die „Matschzwerge“ ein Waldkindergarten an der Grenze zu Dahlhausen. Grund genug für Karsten Rudolph gemeinsam mit dem Bezirksbürgermeister Marc Gräf einen Antrittsbesuch bei den „wetterfesten“ Kleinen an der Lewackerstraße zu machen. Noch sind die Kinder in zwei Zelten untergebracht und starten von hier aus jeden Morgen ihre Touren durch den Wald bei Wind und Wetter. Die Anmeldelage der Kita ist gut, nur noch wenige Plätze sind frei. Für die kalte Jahreszeit ist demnächst der Umzug in zwei Bauwagen geplant, die sogar mit Strom ausgestattet sind.



Carina Gödecke wird Schirmherrin beim Förderverein der Saline



Was mit einer eher zufälligen Begegnung beim NRW-Tag 2014 in Bielefeld begann, führte Carina Gödecke am 8. Oktober 2017 nach Rheine-Bentlage, genauer gesagt zur Saline Gottesgabe. Dort wurde, unter großer Beteiligung vieler Freunde der tradierten Salzgewinnung, die neue Schausiedepfanne eingeweiht und ihrer Bestimmung übergeben. In einer Siedepfanne wird Salz durch Verdampfen aus einer Solelösung gewonnen. Und wie das genau funktioniert, kann man sich ab sofort im Salinenpark in Rheine-Bentlage ganz genau anschauen.

Carina Gödecke ist nicht nur die Schirmherrin dieses Projekts, sondern seit 2014 politisch und freundschaftlich dem Förderverein der Saline sehr verbunden. In ihrem Grußwort war es ihr vor allem wichtig, dem Vater der Idee und Motor des Fördervereins, Jules Vleugels, ganz besonders zu danken: „Denn Menschen wie Jules Vleugels, die unermüdlich, engagiert und motiviert, ehrenamtlich arbeiten, sind im wahrsten und wichtigsten Sinne das sprichwörtliche Salz in, nicht in der Suppe, sondern in unserer Gesellschaft. Ohne Ehrenamt würde vieles in unserer Gesellschaft schlichtweg nicht funktionieren.“

Ein Besuch in Rheine-Bentlage lohnt sich nicht nur, weil dort ein traditionelles Handwerk bewahrt und gepflegt wird, sondern vor allem, weil das gewonnene Salz sehr rein und schmackhaft ist.



Nachtragshaushalt ist unsolide, unsozial und belastet die Kommunen

Am Mittwoch, den 9. Oktober und voraussichtlich am Donnerstag, den 10. Oktober, wird in zweiter und dritter Lesung über den von CDU und FDP eingebrachten Nachtragshaushalt beraten. Statt dem im Wahlkampf vollmundig versprochenen Schuldenabbau sieht er eine Neuverschuldung von mehr als 1,5 Mrd. Euro vor, und das trotz Steuermehreinnahmen von 1,2 Mrd. Euro. Für die SPD-Landtagsfraktion steht fest: Der geplante Nachtragshaushalt der Landesregierung ist unsolide und unsozial, durch ihn werden die Kommunen zusätzlich belastet. An den Kosten für geduldete Flüchtlinge beispielsweise beteiligt sich das Land weiterhin nur marginal.

Beim Sozialen Arbeitsmarkt wird um 10 Mio. Euro gekürzt, dafür werden im Rahmen der Regierungsneubildung 139 hochdotierte neue Stellen geschaffen. Kostenpunkt: 7 Mio. Euro.

[Drucksache 17/811](#)

Die Stahlsparte von Thyssenkrupp muss in NRW bleiben

Der Konzernvorstand von Thyssenkrupp hat – ohne die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – beschlossen, seine Stahlsparte bis Ende 2018 mit der von Tata Steel zusammenzulegen. Der Sitz des fusionierten Unternehmens soll in den Niederlanden liegen. NRW droht der Verlust von 2000 Arbeitsplätzen und der Ausfall von Steuereinnahmen. Außerdem werden die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschnitten. Ministerpräsident Laschet und die FDP unterstützen die Pläne des Konzernvorstands. Davon abweichend erklärte Arbeitsminister Laumann, dass der Firmensitz auch künftig nach NRW gehöre. Die SPD-Fraktion unterstützt die Kolleginnen und Kollegen bei Thyssenkrupp im Kampf um ihre Arbeitsplätze und Mitbestimmungsrechte und fordert die gesamte Landesregierung auf, sich endlich für den Stahlstandort NRW und die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer starkzumachen.

[Drucksache 17/809](#)

Mittel für den Kinder- und Jugendarbeit müssen erhöht werden

Durch die SPD-geführte Landesregierung wurden die Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan seit dem Jahr 2011 in zwei Stufen von gut 80 Mio. Euro bis zum Haushalt 2017 um mehr als 36 Prozent auf insgesamt 109 Mio. Euro erhöht. Dadurch konnten sowohl bewährte Ansätze als auch neue Maßnahmen in der offenen und freien Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden. Um diese Maßnahmen zu verstetigen auch weiterhin auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, wollen wir die Mittel für den KJFP um 20 Prozent auf 130,8 Mio. Euro erhöhen und jährlich überprüfen, inwieweit z.B. für steigende Personalkosten ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden muss.

[Drucksache 17/813](#)

Landesregierung verteilt zu wenig finanzielle Hilfen an finanzschwache Kommunen

Der Bund hat im Juni 2017 eine Aufstockung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds um weitere 3,5 Mrd. Euro beschlossen (NRW erhält davon 1,12 Mrd. Euro). Die Mittel sind für die kommunale Bildungsinfrastruktur in finanzschwachen Kommunen vorgesehen. Dem Gesetzesentwurf nach, sollen 60 Prozent der Mittel nach der finanziellen Lage der Kommunen verteilt werden (Schlüsselzuweisungen). Die übrigen 40 Prozent werden entlang der durchschnittlichen Schülerzahl der Kommune zugewiesen. Die Verteilung der Mittel nach Schülerzahl ist grundsätzlich richtig, die

Quote ist mit 40 Prozent jedoch viel zu hoch angesetzt. Dadurch erhalten insbesondere finanzschwache Kommunen (z.B. des Ruhrgebiets) zu wenig Fördermittel. Den Gesetzesentwurf der Landesregierung lehnen wir deshalb ab.

[Drucksache 17/750](#)

Schwarz-Gelb muss sich zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit bekennen

Schulsozialarbeit ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien an schulischen und außerschulischen Aktivitäten teilnehmen können. Seit 2015 fördert das Land die Schulsozialarbeit mit jährlich rund 48 Mio. Euro – obwohl der Bund für die Finanzierung verantwortlich ist. Das derzeitige Landesprogramm ist aber bis Ende 2017 befristet. Wie die schwarz-gelbe Landesregierung die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit fortführen möchte, bleibt unbeantwortet. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, sich klar zur Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu bekennen. Zudem muss sie auf Bundesebene alles dafür tun, damit der Bund die Finanzierungsverantwortung für die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket im SGB II vollständig übernimmt.

[Drucksache 17/813](#)

Wir brauchen eine soziale Wohnungsbaupolitik

In den Städten herrscht Wohnraummangel. Die Mietpreise explodieren. Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich deshalb für eine Fortsetzung bewährter Initiativen wie dem „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ und der „Wohnungsbauoffensive“ ein. Das Ziel bleibt klar: Wir brauchen deutlich mehr mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbau in NRW. Der Antrag der SPD wirbt für die Fortsetzung dieser sozialen Wohnungsbaupolitik. Er richtet sich gegen die von CDU/FDP propagierte Verstärkung der Eigenheimförderung. Statt unnötige Zersiedelung und Flächenfraß mit Landesmitteln zu fördern, setzt die SPD-Landtagsfraktion auf den Neubau bezahlbarer Mietwohnungen.

[Drucksache 17/816](#)

Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden

In der vergangenen Legislaturperiode wurde in einem breit angelegten parlamentarischen Prozess und mit Unterstützung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein weitreichendes Konzept für eine erfolgreiche gesellschaftliche Integration der Neuzugewanderten vorgelegt und vom Landtag beschlossen. Mit dem Integrationsplan wird das Ziel verfolgt, allen zu uns kommenden Menschen eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dabei wurde auf die jahrzehntelange Erfahrung in NRW und auf die hier bereits vorhandenen Strukturen zurückgegriffen. Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung die Fortführung und Weiterentwicklung des Integrationsplans für NRW und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel hierfür. Statt der versprochenen 434 Millionen Euro erhalten die Kommunen für die Integration von Flüchtlingen im Nachtrag keinen einzigen Euro.

[Drucksache 17/818](#)

Weitere Informationen

Serdar Yüksel



Carina Gödecke



Karsten Rudolph



V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL, Karsten Rudolph MdL,
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 2502